



BLICKPUNKT WAHLKREIS 43



Gudrun Pieper MdL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gleich zu Beginn des Jahres hatte die erste Plenarwoche es wieder in sich. Neben den Themen der Flüchtlingsbewältigung, Herabsenkung des Wahlalters, Dialogforum Schiene, Tierschutzplan, Bildung uvm. endete die Sitzung am Freitag mit einem Paukenschlag: Der Verdacht der Vetternwirtschaft gegenüber Niedersachsens Kultusministerin Heiligenstadt!

Was war geschehen? Anhand einer Frage der Opposition nach der Abordnung einer Oberschullehrerin an ein Göttinger Gymnasium hatte die Ministerin die Antwort verweigert! Doch: der Abordnungswunsch der betreffenden Lehrerin soll nun überraschend **ohne** die übliche Beteiligung der Landesschulbehörde vollzogen worden sein. Zudem soll die Lehrerin in einem **verwandtschaftlichen Verhältnis** zu einer Mitarbeiterin der Ministerin stehen. Hier muss sie schnellstmöglich aufklären, denn sollten die Mauschelei-Vorwürfe gegenüber Ministerin Heiligenstadt zutreffen, wäre das ein Skandal!

Was sonst noch geschah?
Lesen Sie meinen Blickpunkt.

Herzlichst Ihre

TERMINAUSZUG

29.1.2016	HANNOVER
TREFFEN VEREINIGUNGEN DER CDU	
03.02.2016	HANNOVER
LANDESFACHAUSSCHUSS GESUNDHEIT	
10.02.2016	WALSRODE
POLITISCHER ASCHERMITTWOCH	
13.02.2016	SOLTAU
GESPRÄCH HEIDEKREIS MUSIKSCHULE	
17.02.-19.02.2016	HANNOVER
PLENUM	

V.i.S.d.P.

Gudrun Pieper Kristin Kühling
Hauptstraße 9, 29690 Schwarmstedt

Tel.: (05071) 800 25 25
info@gudrunpieper.de

Mehr Polizei für Niedersachsen

Spätestens seit der Absage des Fußballländerspiels Deutschland-Niederlande in unserer Landeshauptstadt Hannover Mitte November letzten Jahres wissen wir: Auch bei uns in Niedersachsen ist die Sicherheitslage angespannt. Die Aufgaben und täglichen Herausforderungen, die unsere niedersächsischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu bewältigen haben, und auf die sie reagieren müssen, sind in den letzten Jahren und Monaten drastisch gestiegen.

Islamistische Terrorgefahr, politischer Extremismus, organisierte Kriminalität, Clankriminalität, Bandenkriminalität und damit einhergehende Autodiebstähle und Wohnungseinbrüche, Internetkriminalität, Gewalt bei Fußballspielen, Großdemonstrationen, die Flüchtlingskrise mit all ihren Auswirkungen: Unsere niedersächsische Polizei leistet hervorragende Arbeit!

Aber immer mehr Aufgaben bei gleichbleibendem Personal und einer anstehenden Pensionierungswelle überfordern zunehmend die ungebrochen hohe Leistungsfähigkeit und hohe Leistungsbereitschaft unserer niedersächsischen Polizei.

Mit unserem im Niedersächsischen Landtag eingebrachten Antrag fordern wir:

- 1.000 zusätzliche Dienstposten für die niedersächsische Polizei in den nächsten vier Jahren. Das heißt 250 zusätzliche Polizeianwärterinnen und Anwärter pro Jahr. Mit deren Übernahme wird die Sicherheit in Niedersachsen deutlich verbessert!
- 200 zusätzliche Vollzeitstellen für die Polizeiverwaltung, um die Beamten im Vollzug von der wachsenden Büroarbeit zu entlasten
- Die Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten mindestens auf das Niveau der Bundespolizei
- Die Auflösung der unsäglichen rot-grünen Beschwerdestelle gegen die Polizei, die keinerlei Ergebnisse bringt, sondern ausschließlich als Misstrauensstelle der Landesregie-

rung gegen die Polizei wahrgenommen wird

- Klare Abkehr der Landesregierung von der geplanten individuellen Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in geschlossenen Einsätzen, die eine pauschale Vorverurteilung aller eingesetzten Kräfte darstellt
- Aufgabe der Pläne von SPD und Grünen zur Einschränkung der Befugnisse der Polizei im Bereich der Gefahrenabwehr.

All diese Maßnahmen werden seit Langem von Polizei und Gewerkschaften in Niedersachsen gefordert und sind geeignet, insgesamt zu einer deutlichen Verbesserung der Sicherheitslage in Niedersachsen beizutragen!

Die rot-grüne Landesregierung rühmt sich allenthalben damit, es habe noch nie so viele Polizisten in Niedersachsen gegeben wie heute. Richtig. Aber zur Wahrheit gehört eben auch, dass Sie diese Stellen nicht selbst geschaffen, sondern von uns geerbt haben. Es war unser CDU-Innenminister Uwe Schünemann, der die niedersächsische Polizei nach Jahrzehnten des Stillstands unter Rot-Grün - den wir auch heute wieder erleben - zukunftsfähig aufgestellt hat!

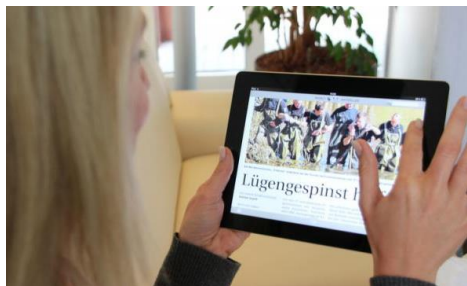
Davon zehrt SPD und Grüne bis heute. Und zur Wahrheit gehört auch, dass man die Zahl der Polizisten eben nicht an den Köpfen, sondern an den tatsächlich zur Verfügung stehenden Volleinheiten festmachen muss. Polizisten auf dem Papier, die in der Realität nur zu ¼, zur Hälfte oder gar nicht einsatzfähig sind, können unseren Staat nicht schützen.

Und die furchtbaren Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und anderswo haben es uns ja vor Augen geführt: Wo der Staat sein Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen kann, da läuft der Rechtsstaat ins Leere! Wir haben darum kein Gesetzesdefizit, wir haben ein Vollzugsdefizit! Und dieses Defizit ist hausgemacht. Die Beratungen im Fachausschuss sind jetzt abzuwarten.

PLENUM IN KÜRZE

Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Online-Angebote von Zeitungen

Rot-Grün lässt niedersächsische Verlage im Stich



Unsere CDU-Landtagsfraktion hat in einem Antrag im letzten Jahr die rot-grüne Landesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass für Online-Angebote von Zeitungen ebenfalls der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent gilt – wie es für gedruckte Zeitungen in Deutschland bereits üblich ist. Anstatt unserem Antrag zuzustimmen und damit auch niedersächsische Verlage zu unterstützen, wollen SPD und Grüne den Vorschlag offensichtlich verwässern und die Initiative abwürgen. Dort heißt es nun, dass die Landesregierung den Antrag zur Absenkung der Mehrwertsteuer prüfen und „in geeigneter Weise“ politisch unterstützen soll. Mit dieser windelweichen Formulierung ist den Verlagen nicht geholfen. Wenn eine Sache gelingen soll, muss man das auch klar fordern. Angesichts der inzwischen überwiegend gemischten Nutzung von Print- und Online-Medien ist die Angleichung der reduzierten Steuersätze überfällig. Die unterschiedliche steuerrechtliche Behandlung gerade von Kombinationen aus gedruckten und elektronischen Abos führt bei den Verlagen zu nicht unerheblichen Schwierigkeiten.

Einstellung von Schulsozialarbeitern bleibt aus

Kultusministerin Heiligenstadt enttäuscht Schulen erneut

Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, hat Kultusministerin Heiligenstadt für ihren leichtfertigen Umgang mit bereitgestellten Stellen für Schulsozialarbeiter scharf kritisiert. „Seit Oktober 2015

weiß die Kultusministerin, dass sie 100 zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeiter besetzen kann. Die Stellen sollen der Betreuung von Flüchtlingskindern zugutekommen. Passiert ist gar nichts: Keine einzige Stelle wurde bislang ausgeschrieben, geschweige denn besetzt. Das ist fahrlässig und grenzt an Arbeitsverweigerung“, sagte Seefried im Anschluss an die Plenardebatte zur Umsetzung des zweiten Nachtragshaushalts 2015. „Die Ministerin hat im letzten Herbst mit dem Nachtragshaushalt versucht, den Anschein zu erwecken, dass die Schulen Unterstützung bekommen, dabei war das im letzten Jahr von ihr nie vorgesehen“, so Seefried.

„Insgesamt stehen mittlerweile sogar 267 Stellen für schulische Sozialarbeit zur Verfügung. Die Flüchtlingskinder sind bereits in den Schulen, und die Schulsozialarbeiter werden dort sofort gebraucht. Da ist es nicht zu glauben, dass Kultusministerin Heiligenstadt im Landtag sagt, es müsse erst ein ‚Gesamtkonzept‘ entwickelt werden. Sie muss jetzt unverzüglich handeln und die Stellen auf die Schulen verteilen“, forderte der CDU-Schulexperte. Seefried kritisierte ferner, dass die Ministerin plane, die weiterführenden Schulen nicht mit Schulsozialarbeitern für die Flüchtlingsbetreuung auszustatten. „Diese Absicht zeigt, wie weit sich die Kultusministerin von der Realität an den Schulen entfernt hat. Selbstverständlich benötigen neben den Grundschulen auch weiterführende Schulen Unterstützung durch Sozialarbeiter.“ Und das sofort!

Verkürzung der Jagdzeiten auf Gänse muss Rot-Grün zurücknehmen

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich für die Rücknahme der Jagdzeitenverkürzung für Gänse im Niedersächsischen Landtag ausgesprochen, um Wildschäden auf landwirtschaftlichen Flächen zu verringern. In der Landtagsdebatte erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete Heiner Ehlen: „Die über sich hinauswachsenden Gänsepopulationen sind für die

Landwirte einiger Regionen zu einer existenziellen Bedrohung geworden. Durch Gänsekot verschmutzte Wiesen und Weiden können weder zur Futtergewinnung noch zur Beweidung genutzt werden. In Gänsekot nachgewiesene Darm-Kolibakterien gefährden Wild- und Nutztiere – und nicht zuletzt auch den Menschen.“

Ehlen kritisiert in diesem Zusammenhang die von Rot-Grün veranlasste Verkürzung der Jagdzeiten auf Gänse um eineinhalb Monate auf den 30. November sowie die geplante Intervalljagd-Regelung. „Eine konstante und geordnete Wildbewirtschaftung wird auf diese Weise von Rot-Grün erheblich erschwert. Künftig werden Ausnahmeregelungen herhalten müssen, um der im Bundesjagdgesetz verankerten Wildschadensvermeidung und dem Schutz von Eigentum nachkommen zu können“, sagte Ehlen. Er erinnert an ein entsprechendes Urteil des Obergerichtes Münster, wonach von Beschränkungen der Jagd zur Abwehr erhebliche Schäden an Kulturen abgesehen werden könne, sofern es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt. „Diesen Zustand haben wir in Niedersachsen längst erreicht und auch überschritten“, so Ehlen mit Blick auf die zum Teil massiven Schäden, die Gänse in der Landwirtschaft anrichten.

Der CDU-Abgeordnete fordert daher: „Die ideologie-geprägte Jagdpolitik der rot-grünen Landesregierung blendet die Bedürfnisse und Rechte von Landwirten, von Flächenbesitzern größtenteils aus. Um zu einem vernünftigen Ausgleich zwischen Vogelschutz-Aspekten und den wirtschaftlichen Belangen der Landwirte zu gelangen, müssen Gänse in einem ausreichenden Maß bejagt werden dürfen.“



BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT

Verwendung eines verbotenen Kältemittels in Autos in Deutschland

Auf ihrer monatlichen Sitzung zur Einleitung von Maßnahmen wegen Verletzung von EU-Recht hat die EU-Kommission beschlossen, Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen, weil Deutschland es zugelassen hat, dass die Daimler AG Autos in Verkehr gebracht hat, deren Klimaanlage nicht den europäischen technischen Anforderungen in der Richtlinie 2006/40/EG entsprechen, und es versäumt hat, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen. Die Richtlinie über Klimaanlagen in Kraftfahrzeugen schreibt vor, dass ab 2011 nur noch Autos typgenehmigt werden dürfen, deren Klimaanlage ein umweltfreundlicheres Kältemittel mit einem geringeren Treibhauspotential enthalten. Nach der EU-Richtlinie 2007/46/EG ist das Kraftfahrtbundesamt als nationale Typgenehmigungsbehörde dazu verpflichtet, zu bescheinigen, dass ein Fahrzeug alle EU-Anforderungen in Bezug auf Sicherheit, Umweltfreundlichkeit und Herstellung – darunter auch Anforderungen an Klimaanlagen in Kraftfahrzeugen – erfüllt, bevor eine Zulassung für das Inverkehrbringen auf dem EU-Markt ausgestellt wird. Die Daimler AG hatte geltend gemacht, das umweltfreundlichere Kältemittel würde leichter brennen und sei deswegen unsicherer. Diese Bedenken wurden vom Kraftfahrtbundesamt und der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission, die 2014 eine zusätzliche Risikoanalyse durchführte, verworfen. Trotzdem setzte die Daimler AG dieses Kältemittel nicht ein, sondern befüllte die Klimaanlage mit dem zuvor als klimaschädlich eingestuftem Mittel. Deutschland hatte keine Schritte gegen die Ausstellung von Typgenehmigungen solcher Fahrzeuge unternommen und traf keine Abhilfemaßnahmen gegen den Hersteller. Verhandlungen mit der Kommission im Vorfeld der jetzt getroffenen Entscheidungen blieben ergebnislos. Mit der Klage will die Kommission sicherstellen, dass die Vorgaben der Richtlinie eingehalten werden.

EU-weit jetzt alle Programme der ländlichen Entwicklung genehmigt

Seit 11.12. sind jetzt alle EU-Programme für die ländliche Entwicklung in den 28 Mitgliedstaaten verabschiedet. Das Programm Griechenlands war das letzte der 118 Programme für den Zeitraum 2014 bis 2020. Aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) werden für diese Mehrjahresprogramme bis 2020 fast 100 Mrd. EUR bereitgestellt, die noch aus nationalen, regionalen und privaten Quellen ergänzt werden (müssen). Von den deutschen Regionen erhält Bayern mit über 1,5 Mrd. EUR die meisten Fördermittel, gefolgt von Niedersachsen/Bremen (1,12 Mrd. Euro) und Berlin/Brandenburg (1,05 Mrd. Euro). Überwiegend ländlich geprägte Gebiete machen 52 % des Territoriums der EU aus, in denen 112,1 Mio. Einwohner leben. Da diese Gebiete untereinander sehr verschieden mit sehr unterschiedliche Gegebenheiten sind, wird den Mitgliedstaaten in den Förderprogrammen mehr Flexibilität eingeräumt, damit die Unterstützung besser auf die besonderen Bedürfnisse jeder Region zugeschnitten werden können und die Subsidiarität stärker zum Tragen kommt. Dabei müssen mindestens vier von sechs gemeinsamen Prioritäten zugrunde gelegt werden: Wissen und Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, bessere Organisation der Nahrungsmittelkette, Erhaltung der Ökosysteme, Ressourceneffizienz und soziale Inklusion. Diese Prioritäten sollen zeigen, in welchem Maße die bereitgestellten Mittel der Gesellschaft insgesamt und nicht nur den Agrarbetrieben und anderen Gemeinschaften im ländlichen Raum zugutekommen. Österreich beispielsweise hat

71 % seiner Fördermittel für eine bessere Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und für klimaverträgliche Bewirtschaftungsmethoden bereitgestellt. Damit soll erreicht werden, dass 83 % der landwirtschaftlichen Fläche im Rahmen von Verträgen zur Verbesserung der biologischen Vielfalt und 75 % im Rahmen von Verträgen zur Verbesserung der Wasserqualität bewirtschaftet werden. Polen hingegen hat ein Drittel der Mittel für die Verbesserung der Rentabilität und der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe bereitgestellt. Laut Agrarkommissar Hogan geht es beim Programm für ländliche Entwicklung entsprechend der Devise der „Juncker-Kommission“ um Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit. Das Ziel sei es, ländliche Gegenden und Gemeinden bei ihren Bemühungen zur Bewältigung der vielfältigen Chancen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bestärken. Die 1,12 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt für Niedersachsen werden durch 506 Mio. EUR aus nationaler Kofinanzierung sowie durch weitere 673 Mio. EUR aus zusätzlichen nationalen Fördermitteln ergänzt. Das Programm, das auch für Bremen gilt, konzentriert sich überwiegend auf die Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme, wobei 6,4 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche unter Vertrag genommen wird, um die biologische Vielfalt, und 2 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, um das Wassermanagement zu verbessern. Des Weiteren werden im Rahmen des Schwerpunktes Organisation der Nahrungsmittelkette, Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, Tierschutz und Risikomanagement in der Landwirtschaft 130 öffentliche Verbände Förderung im Bereich Küstenschutz und Schutz vor Hochwasser erhalten. Schließlich sollen im Rahmen der sozialen Eingliederung und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten 42 % der Bevölkerung durch lokale Entwicklungsstrategien (LEADER) angesprochen werden und 18 % von verbesserten Dienstleistungen oder Infrastrukturen profitieren.

UNTERWEGS IM UND FÜR DEN WAHLKREIS

Fahrt zum Niedersächsischen Landtag nach Hannover



Die 45 Besucher aus dem Heidekreis erlebten einen interessanten Tag in der Landeshauptstadt

Es ist schon fast zu einer Tradition geworden: der Landtagsbesuch im Dezember. Und so begrüßte ich auch 2015 45 Besucher aus dem Heidekreis in Hannover.

Meine Gäste konnten in einem Livestream aus dem Plenarsaal den Haushaltsberatungen 2016 folgen. Im anschließenden Gespräch berichtete ich über meine tägliche Arbeit im Landtag und ging auch auf aktuelle Themen, den Heidekreis betreffend, ein. Besonders Fragen zur Notunterkunft im Camp Oerbke sowie zur Zukunft Bad Fallingbostels mündeten in angeregten Diskussionen. Nach dem Mittagessen im Alten Rathaus folgte zum Abschluss noch ein weiterer Höhepunkt: der Besuch des Weihnachtsmarktes an der Marktkirche.

Neujahrsempfang der LAG FW in Hannover



Zusammen mit meinem Landtagskollegen Max Matthiesen (links) beim Neujahrsempfang

Der diesjährige Neujahrsempfang der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen hielt ein abwechslungsreiches Programm parat. Neben den Grußworten der neuen Vorsitzenden Birgit Eckhardt (Parit. Wohlfahrtsverband) und dem scheidenden Vorsitzenden Dr. Christoph Künkel (Diakonisches Werk) stellte

der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Berlin, Dr. Ulrich Schneider, sein neues Buch ‚Kampf um die Armut‘ vor.

Weihnachtsbesuch bei den Polizeidienststellen Walsrode, Bad Fallingbostel und Schwarmstedt



Informationsaustausch zum Jahresende in Bad Fallingbostel mit dem Ersten Kriminalhauptkommissar Wolfgang Bömer und dem Leiter Einsatz- und Streifendienst Andreas Bensch

Der vorweihnachtliche "Dankeschön"-Besuch bei den Polizeikommissariaten Walsrode und Bad Fallingbostel sowie der Polizeistation Schwarmstedt durfte auch im letzten Jahr nicht fehlen.

Ich sprach den Beamten meine Anerkennung für ihre Arbeit im vergangenen Jahr aus. Unsere Polizei leistet - auch unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit - an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr wertvolle Arbeit für die Gesellschaft. Besonders auf die neuen Gegebenheiten der Flüchtlingssituation in Bad Fallingbostel haben die Beamten in kürzester Zeit sehr flexibel und angemessen reagiert.

Klausurtagung in Hünzingen



v.l.s.: Reinhard Grindel MdB, Gudrun Pieper MdL, Landesvorsitzender und Europa-Abgeordneter David McAllister und Generalsekretär Ulf Thiele

Zur Klausurtagung der CDU Niedersachsen in Hünzingen empfing unser

Landesvorsitzender David McAllister unter anderem auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, um mit ihnen über die Flüchtlingspolitik und die finanzielle Unterstützung der Kommunen seitens Bund und Land zu diskutieren.

Auch für das Kommunalwahljahr 2016 wurden die Weichen gestellt. Neben der Flüchtlingspolitik werden wir uns im Heidekreis u.a. um die Themen des ÖPNV, Bildung und Gesundheit kümmern. Weitere Diskussionspunkte unserer zweitägigen Klausurtagung: mehr Personal für die Polizei, innere Sicherheit sowie die kommunalpolitischen Leitsätze der CDU in Niedersachsen.

Neumitgliederempfang der CDU Heidekreis in Walsrode



Die Neumitglieder nutzten die Gelegenheit sich über die Arbeit des CDU Kreisverbandes und der Abgeordneten zu informieren.

Ende 2015 fand in der CDU Kreisgeschäftsstelle in Walsrode ein Neumitgliederempfang statt. Zahlreiche Neumitglieder waren der Einladung gefolgt und trafen sich bei guten Gesprächen und kleinen Snacks in der Kreisgeschäftsstelle in Walsrode. Ich freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit!

Sommertour 2016

Auch 2016 gehe ich wieder auf Sommertour, um mit den Menschen im Heidekreis ins Gespräch zu kommen. Gerne besuche ich auch Sie, Ihre Firma, Ihren Verein oder Ihre Einrichtung. Schon jetzt nimmt mein Wahlkreisbüro Ihre Besuchswünsche unter

Tel.: **05071-8002525** oder
info@gudrunpieper.de

entgegen.